

Ist Religion Privatsache?



Andreas Telser
Ass.-Professor
an der KU Linz

Die Frontstellung, welche sich aus dieser Frage ergibt, fördert Folgendes zutage: die Frage nach der Privatheit von Religion betrifft *alle* und hat als solche bereits einen *öffentlichen* Charakter; denn was als öffentlich und was als privat gelten soll – in diesem Fall, welchem Bereich die Religion zugerechnet wird –, muss öffentlich geklärt werden. Das bedeutet, dass etwaige *Antworten* auf die Frage nach der Privatheit religiöser Überzeugungen selbst öffentlich sein müssen, also in der Öffentlichkeit (die sich immer in Öffentlichkeiten konkretisiert) durch Argumente zu rechtfertigen sind. Eine Übereinstimmung dieser Argumente ist eher unwahrscheinlich, aber auch nicht nötig – zumindest dann nicht, wenn die vorhandenen gesetzlichen Regelungen als ausreichend empfunden werden.

Die Religionsfreiheit (verankert im österr. Staatsgrundgesetz von 1867, Art. 14) räumt jeder und jedem Glaubens- und Gewissensfreiheit ein und ermöglicht gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften die „gemeinsame *öffentliche* Religionsausübung“. Diese gesetzliche Regelung, die teils novelliert und durch den Beitritt Österreichs zur Menschenrechtskonvention und zur EU internationalisiert wurde, bildet jedoch eine gesellschaftliche Wirklichkeit ab, die sich innerhalb der letzten Jahrzehnte stark verändert hat und die häufig mit dem vieldeutigen Begriff der Säkularisierung beschrieben wird.

Folglich haben unterschiedliche zivilgesellschaftliche Gruppierungen in letzten Jahren auf diese Verschiebungen aufmerksam gemacht und sich gegen die geschichtlich gewachsene, bevorzugte Behandlung der römisch-katholischen Kirche (als Mehrheitsreligion) durch den Staat ausgesprochen. Der Pluralisierung der religiösen Landschaft, welche die Option, keine formale Religion zu haben, einschließt, sei deutlicher Rechnung zu tragen. Allerdings spricht dies nicht für den *Ausschluss* von Religionen und Religionsgemeinschaften aus der Öffentlichkeit, sondern eher für deren *Einschluss*, zumal die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit – in ihrem spannungsvollen Verhältnis zum Staat – ein Interesse daran hat, im Vorfeld parlamentarischer (also auch rechtsgebender) Entscheidungen eine Meinungsbildung zu fördern, die nicht bloß zweckrationalen Argumenten Genüge tun. Dafür bleiben weltanschauliche – und damit auch explizit religiöse – Überlegungen wichtig. Öffentlichkeit ist gerade mit Blick auf ihre unverzichtbare Funktion im Rahmen einer demokratischen Staatsordnung ein anspruchsvolles Konzept, das unterlaufen wird, wenn in ihr weltanschauliche Überzeugungen (hier: explizit religiöse) nicht zur Sprache kommen dürfen. Das Konzept von Öffentlichkeit ist allerdings auch dahingehend anspruchsvoll,

als Überzeugungen nicht einfach durchgesetzt, also für alle verbindlich geltend gemacht werden können, sondern der freien Zustimmung bedürfen oder auch Ablehnung erfahren können. Damit sind Ansprüche an *alle* Glaubensgemeinschaften formuliert: was innerhalb einer Überzeugungsgemeinschaft als verbindlich und die Identität sichernd gilt, muss zwar nicht auf die Privatheit oder die Teilöffentlichkeit der Gemeinschaft beschränkt bleiben, es darf aber nicht erwartet werden, dass die eigenen, partikularen Überzeugungen in der breiten Öffentlichkeit auf ungeteilte Zustimmung stoßen werden.

Katholische Kirche und Theologie haben sich im Zweiten Vatikanischen Konzil auf diese veränderten Umstände einzustellen begonnen. Im Dokument *Dignitatis humanae* hat man der Religionsfreiheit Priorität eingeräumt und dies auch theologisch zu begründen gewusst. *Nostra aetate* hat den Wert der anderen Weltreligionen begründend affirmiert – und damit andere Religionsgemeinschaften als Mitakteure in zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeiten begrüßt. Ermöglicht wurde dies durch die richtungsweisende Neubestimmung von Kirche in ihrem In-der-Welt-Sein (*Gaudium et spes*).

Religion ist Privatsache, wenn damit bekundet wird, dass Freiheit für und von Religion gelten soll, wenn also weder Staat noch Religionsgemeinschaft über das religiöse Freiheitsrecht von Bürgerinnen und Bürgern verfügen dürfen. Religion ist *keine* Privatsache, wenn Bürgerinnen und Bürger (auch als Mitglieder einer Religionsgemeinschaft) sich an öffentlichen Meinungsbildungsprozessen beteiligen und dabei ihre Überzeugungen öffentlich einbringen können, ja sollen.

Der jüngst öfters formulierte Wunsch, zur „Rettung des Abendlands“ sei ein bestimmtes Verständnis des christlichen Glaubens neu zu beleben, wird zivilgesellschaftlich verhandelt werden: Christinnen und Christen werden mit Unterstützung von Kirchenleitung und Theologie nicht umhin kommen, ihren Glauben neu zu bedenken und für die darin wurzelnden Überzeugungen auch öffentlich einzustehen.

